



# **FRIEDENSGUTACHTEN 2001**

**Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg (IFSH)**

**Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)  
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)**

**in Kooperation mit**

**Bonn International Center for Conversion (BICC)  
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)**

**herausgegeben von  
Reinhard Mutz, Bruno Schoch und Ulrich Ratsch**

---

**LIT**

### 3. Regionale Krisenherde

#### 3.1. Staatszerfall am Hindukusch – Afghanistan und die “islamistische Internationale”

Wegen der Zerstörung zweier kostbarer Buddha-Statuen aus vorislamischer Zeit in der Provinzhauptstadt Bamiyan rückte der Krieg in Afghanistan Ende Februar wieder für kurze Zeit in das Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit. Die scheinbar blinde Zerstörungswut des fundamentalistischen Taliban-Regimes<sup>1</sup> provozierte einen weltweiten Aufschrei der Empörung. Nach offizieller Verlautbarung der Taliban *mussten* die Buddha-Statuen zerstört werden, weil dies das islamische Verbot des Götzenbildes fordere. Das gleiche Eiferertum der Religionskrieger hat zur weitgehenden Entrechtung der Frauen im Land geführt; und zu einer kompromisslosen Anwendung der Sharia im Rahmen öffentlicher Spektakel, bei denen Kinder und Jugendliche dazu gezwungen werden, aus Abschreckungsgründen der Amputation von Gliedmassen, Auspeitschungen und Steinigungen zuzusehen. Hinzu kommt ein grausamer Krieg, den die Taliban seit der Eroberung Kabuls 1996 gegen die letzten Reste des gestürzten Mudschahedin-Regimes führen. Er hat rund 80 Prozent der afghanischen Zivilbevölkerung zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht und drei bis vier Millionen Menschen in die Nachbarstaaten vertrieben. Ein Ende dieses Krieges ist nicht in Sicht.

Die Gründe dafür sind weniger in Afghanistan zu suchen als in seinem regionalen Umfeld. Am internationalen Charakter dieses Bürgerkriegs hat sich auch nach dem endgültigen Abzug der sowjetischen Interventionsarmee im Februar 1989 nichts geändert. In Afghanistan sind nach wie vor viele Interessen im Spiel: Ausländische Regierungen und Geheimdienste mischen hier ebenso mit wie grenzübergreifend operierende Widerstandsgruppen religiös-nationalistischer Couleur, internationale Drogenkartelle und eine weit verzweigte, gut organisierte Schmuggelmafia. Das Land wurde zur Operations- und Ausbildungsbasis islamistischer Terroristen und Separatisten, die die politischen Systeme der zentralasiatischen Anrainerstaaten einschliesslich Russlands und der VR China gefährden und dabei offensichtlich auf nicht versiegende Finanzquellen zurückgreifen können. Die Taliban sind ein Teil dieser Netzwerke, obwohl längst nicht alle Fäden hier zusammenlaufen. Der Verlust eines funktionierenden Staatswesens nach über zwanzig Kriegsjahren hat Afghanistan zu einem kaum mehr regierten Territorium gemacht. Ohne eine systematische internationale Anstrengung aller in den Konflikt involvierten Akteure wird sich dieser Zustand nicht ändern lassen.

Dazu fehlte jedoch bisher der politische Wille. Zu viel scheint in Afghanistan auf dem Spiel zu stehen, als dass man dem zunehmenden Staatsverfall und der Anarchie am Hindukusch Grenzen setzen wollte. So sieht die Welt zu, wie die islamische Revolution “Talibanistans” die Menschen im Land unterdrückt und allmählich die Voraussetzungen schafft für einen militanten Pan-Islamismus und Separatismus, der den regionalen und weltweiten Frieden bedroht.

<sup>1</sup> *Taliban* ist die persische und paschtunische Pluralform des arabischen Wortes *talib* (Religionsschüler).

## Wer sind die Taliban?

Das Interesse der internationalen Öffentlichkeit am Afghanistankonflikt hatte nach dem Ende des Kalten Krieges stark abgenommen. Das militärische Patt zwischen den einzelnen Bürgerkriegsparteien schien unveränderbar, die Vereinten Nationen angesichts des Desinteresses der Mudschahedin-Führer an einer politischen Lösung paralysiert. Das innerafghanische Kräfteverhältnis änderte sich jedoch in den folgenden beiden Jahren dramatisch, als mit den Taliban ein neuer Akteur in das Geschehen eingriff. Die erste Aktion dieser mit schweren Waffen und Panzern scheinbar aus dem Nichts auftauchenden Gruppierung war die Befreiung eines pakistanischen Militärkonvois, der im November 1994 von einer lokalen Miliz auf seinem Weg von Kandahar nach Herat in die Zange genommen wurde. Knapp zwei Jahre später, im September 1996, eroberten die Taliban Kabul und drängten die militärischen Verbände der mittlerweile in einer *Nordallianz* zusammengeschlossenen Mudschahedin immer weiter in den Norden des Landes ab. Heute kontrollieren die Taliban 90–95 Prozent des afghanischen Territoriums. Lediglich die Provinz Badakhshan und das Panjshir-Tal im Nordosten werden noch von den Einheiten Massouds gehalten; alle anderen Mudschahedin-Führer haben sich, militärisch geschlagen, ins Ausland abgesetzt. Deshalb muss Afghanistan heute prinzipiell als ein unter den Taliban geeintes Land bezeichnet werden. Militärische Erfolge der Mudschahedin, die die Taliban verdrängen könnten, sind kaum mehr vorstellbar.

Obwohl die Taliban anfänglich keinen Anspruch auf die Regierungsgewalt über ganz Afghanistan erhoben, änderte sich dies spätestens mit der Eroberung Kabuls 1996. Im Oktober 1997 rief ihre Führung die Gründung des *Islamischen Emirats Afghanistan* aus – ein neuer Staat, der bis heute lediglich von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten offiziell anerkannt wird. Weltliche politische Institutionen (gewählte Parlamente, politische Parteien), wie sie ungeachtet des dominierenden Einflusses der schiitischen Mullahs sogar in der Islamischen Republik Iran existieren, gibt es unter den Taliban nominell nicht. Die politische Struktur dieses Regimes basiert vielmehr auf einer wortgetreuen Übernahme allgemeiner Regierungsgrundsätze im Koran. An der Spitze des Staates steht Mullah Muhammad Omar, den eine Versammlung von 1.200 islamischen Rechtsgelehrten und Geistlichen im Frühjahr 1996 zum „Anführer der Gläubigen“ (*amir al-mu'minin*) wählte. Ihm assistieren verschiedene beratende Versammlungen (*shura*), deren wichtigste die *supreme shura* – das höchste dieser Gremien mit etwa 20 Mitgliedern – und die *shura* von Kabul sind. Letztere fungiert faktisch als Regierung des Taliban-Regimes und ist durch eine ministeriumsähnliche Aufteilung in einzelne Aufgabenbereiche gekennzeichnet. Die Position ihres Vorsitzenden, bis zu seinem Tod im April von Mullah Muhammad Rabbani eingenommen, ähnelt der eines Premierministers in westlichen politischen Systemen. Einen formalen nationalen Gesetzgebungsprozess gibt es in diesem System nicht. Vielmehr regiert Mullah Omar per Dekret unter Berufung auf den Koran.

Die Umsetzung dieser Dekrete obliegt dem mächtigen „Ministerium für die Durchsetzung der Tugend und die Unterdrückung der Lasterhaftigkeit“, das auf einen Vers im Koran zurückgeht und in dieser Form auch in Saudi-Arabien existiert. Dieses Ministerium ist nicht nur für die Aufrechterhaltung der islamischen Ordnung im allgemeinen verantwortlich, sondern auch für die Umsetzung jener Anordnungen, die die Bewegungs-

freiheit der Mitarbeiter der Vereinten Nationen und der Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan betreffen.

Insgesamt üben rund 70.000 Taliban die Kontrolle über das Land am Hindukusch aus, wovon etwa 4.000–5.000 an der Front gegen die verbleibenden Truppen der Nordallianz unter Ahmad Shah Massoud kämpfen. Weitere 250.000 Taliban-Freiwillige sollen sich gegenwärtig in Pakistan aufhalten. Die meisten von ihnen sind afghanische Studenten, die in sogenannten *madrassas* – islamischen Religionsschulen – in der Auslegung des Koran unterwiesen werden und eine militärische Ausbildung erhalten, bevor sie nach Afghanistan zurückkehren. Damit sind bereits wesentliche Dinge über die Herkunft der Taliban gesagt: Es sind Koranschüler, die in Pakistan zu einer schlagkräftigen Miliz aufgebaut wurden und von dort in den afghanischen Bürgerkrieg eingriffen. Man kann sie deshalb aber keinesfalls als Hilfstruppen Islamabad, ähnlich den pro-pakistanischen Untergrundkämpfern im indischen Teil Kashmirs, bezeichnen. Eine solche Behauptung würde die heutige Autonomie des Regimes in Kabul unterschätzen und zudem ein falsches Bild von der Kontrolle des pakistanischen Staates über die islamistischen Gruppierungen im eigenen Lande zeichnen, die entscheidend zur Entstehung der Taliban-Bewegung beigetragen haben.

Tatsache ist, dass die Taliban bei genauerem Hinsehen kein neues Phänomen sind. Bereits seit Jahrhunderten bestand ein Netzwerk von islamischen Gelehrten und Schülern in den ländlichen, privat betriebenen *madrassas* in Afghanistan und in den heutigen Gebieten Indiens und Pakistans. Aus ihnen ist auch die Taliban-Bewegung hervorgegangen. Hier studierten junge Männer, die schon durch den elitären Staatsbildungsprozess des royalistischen Regimes, dann aber vor allem durch den sich anschließenden langen Bürgerkrieg wirtschaftlich und sozial an den Rand gedrängt worden waren. Die Religionsschulen stellten für sie die einzige Möglichkeit dar, überhaupt eine Ausbildung zu erhalten, und boten somit vielen afghanischen Flüchtlingen ein neues soziales Umfeld. Dort gerieten sie unter den Einfluss einer besonderen islamischen Glaubensrichtung, des sogenannten *Deobandi*-Islam. Dabei handelt es sich um einen Zweig innerhalb des sunnitischen Islam, der auf eine konservative Schulgründung muslimischer Geistlicher im früheren Britisch-Indien zurückgeht. Nach der indischen Teilung von 1947 breiteten sich die Deobandi-Schulen in Pakistan aus und erhielten seit den achtziger Jahren einen besonders grossen Zustrom, als sie die erwähnte Ausbildungs- und Versorgungsfunktion für die afghanischen Bürgerkriegsflüchtlinge übernahmen.

Organisatorisch und finanziell getragen werden die pakistanischen Deobandi-*madrassas* von der *Jamiat-ul-Ulema-e-Islam* (JUI), einer radikalen und stark anti-amerikanisch orientierten Partei pakistanischer Islamisten. 1993 wurde sie Koalitionspartner der Regierung von Benazir Bhutto und knüpfte in dieser Zeit enge Beziehungen zur pakistanischen Militärführung, zum Innenministerium und zur *Inter-Services Intelligence Agency* (ISI), dem pakistanischen Geheimdienst. Als die pakistanische Regierung sich kurze Zeit später von ihrem bisherigen Schützling Hikmatyar zu distanzieren begann und nach einer neuen Kraft zur Wahrung ihrer Interessen in Afghanistan Ausschau hielt, wurde die Verbindung zur JUI ausschlaggebend für die Formierung der Taliban-Bewegung. Mit pakistanischen (und saudi-arabisch finanzierten) Waffen ausgestattet und unter der politisch-strategischen Führung der ISI stehend, wurden die in den *madrassas*

der JUI ausgebildeten Koranschüler zusammen mit Soldaten und Offizieren der ehemaligen afghanischen Armee aus den grenznahen Flüchtlingslagern zu einer schlagkräftigen Miliz zusammengefasst und in den afghanischen Bürgerkrieg geschickt. Dabei handelte es sich nicht nur um Afghanen. So sollen zwischen 1994 und 1999 zwischen 80.000 und 100.000 Pakistanis zum Kampfeinsatz nach Afghanistan beordert worden sein. Auch islamistische Kämpfer aus anderen Staaten – vor allem Araber, Tadschiken, Usbeken und Turkmenen – befanden (und befinden) sich unter den Taliban-Truppen.

Die Taliban-Bewegung ist somit gleichermaßen eine Kreatur des pakistanischen Geheimdienstes wie auch radikaler religiöser Kräfte in Pakistan, die eine pan-islamische Agenda verfolgen und fundamentalistische Gruppierungen weltweit, vor allem im politisch labilen Zentralasien und im indischen Kaschmir, unterstützen. Seit Mitte der neunziger Jahre setzen sie auch die Regierung in Islamabad zunehmend unter Druck und fordern eine Islamisierung des pakistanischen Staates. Die Verbindungen der Taliban nach Pakistan, vor allem zu den islamistischen Gruppen im Land, sind weiterhin sehr eng. Nicht klar erkennbar ist dagegen, wie weit der Einfluß der pakistanischen Regierung auf das Regime in Kabul heute noch reicht.

Die Repression der afghanischen Zivilbevölkerung durch die Taliban nahm seit deren erster militärischer Operation 1994 in dem Maße zu, wie sie aus den paschtunischen Siedlungsgebieten im Südwesten des Landes vorrückten. Die übergroße Mehrheit der Afghanen in dieser aufgrund ihres hohen Ausländeranteils eigentlich transnationalen Bewegung sind Paschtunen aus dem Raum Kandahar. Wurden die Taliban anfänglich noch als Befrieder des Landes begrüßt, diskreditierten in den folgenden Jahren ihre gewaltsamen Übergriffe auf die nicht-paschtunischen Minderheiten diesen Anspruch grundlegend. Tatsächlich sind die Taliban nicht nur eine religiös-fundamentalistische, sondern auch eine ethno-nationalistische Bewegung. Was dabei überwiegt, ist nicht klar zu erkennen: Während das religiöse Element auf eine pan-islamische Orientierung hindeutet, steht das ethnische Element für einen paschtunischen Parochialismus. Die Paschtunen stellen mit rund 40 Prozent die größte Bevölkerungsgruppe der 20–22 Millionen Afghanen, gefolgt von den Tadschiken (25 Prozent), den schiitischen Hazara (19 Prozent) und einer Reihe kleinerer Minderheiten wie den Usbeken, Turkmenen, Baluchis und Nuristanis.

Sowohl das religiöse als auch das ethnische Element weisen über Afghanistans Grenzen hinaus – im ersten Fall vor allem in Richtung Zentralasien, China und den Mittleren und Nahen Osten, im zweiten Fall zumindest in Richtung der paschtunischen Siedlungsgebiete in Pakistan. Auch wenn die Taliban erklärtermaßen keine expansionistischen Ziele verfolgen und allein an der Konsolidierung ihrer Macht im Innern interessiert zu sein scheinen, stellt sich mit Blick auf die zahlreichen Ausbildungslager militanter islamistischer Gruppen in Afghanistan die Frage, ob sich hier nicht schon längst eine "islamistische Internationale" verselbständigt hat – und ob die Taliban nicht Teil dieser Bewegung sind.

### **Taliban-Fundamentalismus und Menschenrechte**

Die seit Jahren international angeprangerten Menschenrechtsverletzungen der Taliban sind das Ergebnis ihrer besonders engen Auslegung des Koran, die auf die erwähnte Deobandi-Tradition des sunnitischen Islam zurückgeht, gleichzeitig aber auch dem tri-

balen Ehrenkodex der Paschtunen sehr weit entgegenkommt. Erstere steht dem konservativen Wahabismus saudischer Provenienz sehr nahe. Die Deobandis – und in diesem Sinne auch die Taliban – lehnen jede Hierarchie innerhalb der Gemeinschaft der Muslime ab. Dies ist einer der Gründe für die kompromisslose Frontstellung zur schiitischen Minderheit im eigenen Land und zum Iran mit seiner klerikalen Aristokratie. Gleichzeitig befürwortet der Deobandi-Islam eine sozial stark eingeschränkte Rolle für Frauen, die ebenfalls mit einer restriktiven Lesart bestimmter Koran-Passagen begründet wird. Frauen dürfen außerhalb von Tätigkeiten im medizinischen Bereich keinen Beruf ausüben. Eine schulische oder berufsbezogene Ausbildung ist ihnen ebenfalls verboten, obwohl die Taliban diese Bestimmung wiederholt zu lockern versprochen haben. Sobald eine Frau ihr Haus verlässt, muss sie mit der *burqua* völlig verschleiert und in Begleitung eines männlichen Angehörigen sein. Wer gegen diese Vorschriften verstößt, wird ausgepeitscht. Abgesehen davon wurden Frauen zeitweilig von der ärztlichen Grundversorgung ausgeschlossen, weil sie nicht von männlichen Ärzten behandelt werden durften. Mehrfach wurden zudem Fälle bekannt, in denen Frauen aus ethnischen Minderheiten mit Taliban-Milizionären zwangsverheiratet oder als “Dienerinnen” verschleppt wurden – ein Tatbestand, der auch von einer besonders konservativen Auslegung des Koran nicht mehr abgedeckt wird und auf die tribalen Traditionen der Paschtunen zurückzuführen ist.

Ebenfalls nicht vereinbar mit der islamischen Lehre, auch nicht in ihrer von den Taliban übernommenen Deobandi-Variante, ist zudem die Ausrufung des “Heiligen Krieges” ( *jihad* ) gegen die muslimischen Glaubensbrüder im eigenen Land, dem mittlerweile Tausende von Afghanen – Soldaten und Zivilisten gleichermaßen – zum Opfer gefallen sind. Besonders traurige Berühmtheit erlangte das Massaker von Mazaar-e Sharif in Norden Afghanistans, nach dessen Eroberung durch die Taliban im August 1998 zwischen 4.000 und 5.000 Menschen zu Tode kamen – Usbeken, Tadschiken, vor allem aber schiitische Hazara. Ähnliche Vorfälle haben sich seitdem immer wieder ereignet, zuletzt im Januar dieses Jahres in Yakaolong, wo zwischen 300 und 500 Hazaras ermordet wurden. Dies unterstreicht die bereits getroffene Feststellung, dass der afghanische Bürgerkrieg neben seinen religiös-fundamentalistischen auch ethnische Züge trägt. Zwar befinden sich unter den Taliban-Milizen nicht nur Paschtunen, sondern auch Angehörige der afghanischen Minderheiten. Indes wird die Nordallianz klar von Tadschiken, Usbeken und Hazaras dominiert, und es gibt außer den Taliban zur Zeit keine politisch und militärisch relevante Kraft der Paschtunen in Afghanistan.

Nicht alle Menschenrechtsverstöße der Taliban sind allerdings auf ihren islamischen Fundamentalismus oder die paschtunischen Stammestraditionen zurückzuführen. Vor allem die kompromisslose Unterdrückung paschtunischer Oppositionsgruppen wie z.B. der *Shura-e Islami Azadi va Democracy* (Islamischer Rat für Freiheit und Demokratie) oder die Inhaftierung von kritischen Intellektuellen und Mitarbeitern internationaler Organisationen entspringen allein der für jedes sich etablierende autoritäre System typischen Machtfestigung im Innern sowie einem seit der sowjetischen Besatzungszeit sehr ausgeprägten Misstrauen gegenüber Ausländern.

## Die internationale Dimension des Konflikts

Der Bürgerkrieg in Afghanistan wird von einer Vielzahl externer Interessen am Leben gehalten. Regionales Vormachtstreben, geostrategische (geopolitische) Erwägungen, innenpolitische Machtkalküle und handfeste ökonomische Ziele haben sämtliche Anrainerstaaten Afghanistans – neben Pakistan sind dies der Iran, die zentralasiatischen Länder Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan, Indien und China – sowie Saudi-Arabien, Russland und die USA in diesen Krieg verwickelt. Während die Taliban heute nur noch von Pakistan unterstützt werden, profitiert die Nordallianz von Waffenlieferungen und finanziellen Transfers vor allem aus dem Iran und Russland sowie Tadschikistan und Usbekistan. Nachdem der saudische Terrorist Usama bin Laden als angeblicher Drahtzieher der beiden Bombenattentate auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) im September 1998 in Afghanistan Unterschlupf gefunden hatte, kehrten auch Saudi-Arabien und die USA den Taliban den Rücken. Letztere hatten die neuen Machthaber in Kabul in den ersten Jahren noch wohlwollend betrachtet. Diese Anti-Taliban-Allianz ist jedoch wegen der divergierenden Zielsetzungen ihrer Mitglieder kaum zu einem abgestimmten Vorgehen in der Lage und konnte deshalb bisher weder dem Krieg in Afghanistan noch der Herrschaft der Taliban ein Ende setzen.

### Pakistan

Seit Beginn des *jihad* der afghanischen Mudschahedin gegen die sowjetischen Besatzer strebt die pakistanische Regierung verstärkt nach politischem Einfluss in Afghanistan. Ein Islamabad-freundliches Regime in Kabul verspricht "strategische Tiefe" im Fall einer eskalierenden Auseinandersetzung mit Indien um Kaschmir. Gleichzeitig soll damit präventiv einem von Islamabad nicht mehr steuerbaren paschtunischen Nationalismus Einhalt geboten werden, der bei einem Zerfall Afghanistans entlang der ethnischen Grenzen des Landes auch die Integrität Pakistans mit seiner signifikanten paschtunischen Bevölkerungsgruppe bedroht. Zwar sind die Taliban selbst mehrheitlich Paschtunen; doch setzt Pakistan darauf, dass deren religiöse Ideologie jeder nationalistischen Besinnung auf ein neu zu gründendes "Paschtunistan" einen Riegel vorschiebt. Schliesslich erklärt sich das pakistanische Engagement in Afghanistan dadurch, dass Islamabad das Einflusstreben des Iran in Zentralasien begrenzen und selbst zu einem wichtigen politischen Faktor in dieser Region werden will. Dieser Wunsch hat nicht zuletzt ökonomische Gründe, geht es doch um den Zugriff auf die in Zentralasien vermuteten, riesigen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Seit Jahren bemüht sich Pakistan um den Bau einer Erdgas-*pipeline* von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan – ein Projekt, von dem man nur bei einer weitgehenden Kontrolle über die Regierung in Kabul profitieren kann. Zwar steht Islamabad wegen der Unterstützung der Taliban international stark unter Druck und arbeitet Russland und Frankreich derzeit sogar für eine Verhängung von VN-Sanktionen gegen Pakistan. Aber die pakistanische Regierung hat mit Blick auf ihre Afghanistanpolitik schon aus innenpolitischen Gründen wenig Spielraum. Erstens ist sie auf den Nachschub an islamistischen Untergrundkämpfern angewiesen, die aus den afghanischen Ausbildungslagern alljährlich in den indischen Teil von Kaschmir einsickern und dort zusammen mit den lokalen Separatisten gegen die indische Armee kämpfen. Kaschmir aufzugeben wäre derzeit für jede pakistanische Regierung das politische Ende. Zweitens haben die isla-

mistischen Gruppen im Land mit gewaltsamem Widerstand gedroht für den Fall eines Abrückens Islamabads von den Taliban – eine Konfrontation, die wahrscheinlich ebenfalls keine Regierung überleben würde und die den politisch labilen pakistanischen Staat sogar in seiner Existenz gefährden könnte.

### **Indien und China**

Vor dem Hintergrund des pakistanischen Engagements zugunsten der Taliban ist es folgerichtig, dass sich Indien auf die Seite der Nordallianz geschlagen hat und diese finanziell unterstützt. Es geht dabei jedoch nicht allein um den aus indischer Sicht militärstrategisch bedrohlichen Einfluss Islamabads in Afghanistan und um die Rekrutierung kaschmirischer Untergrundkämpfer. Auch die offensichtliche Annäherung zwischen China und dem Taliban-Regime ist Indien suspekt: Weil die chinesische Regierung verhindern will, dass sich uighurische Separatisten in Afghanistan weiter auf ihren Untergrundkampf in Xinjiang vorbereiten können, hat sie 1999 eine Vereinbarung über wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit den Taliban unterzeichnet. Ein substantieller Einfluss Chinas auf Afghanistan wäre für Indien ungeachtet des in den letzten Jahren verbesserten Verhältnisses zwischen Beijing und Neu-Delhi immer noch sehr problematisch.

### **Saudi-Arabien**

Bis 1998 leistete Saudi-Arabien massive finanzielle Unterstützung beim Aufbau und bei der Konsolidierung der Taliban-Bewegung. Neben der religiösen Nähe des saudischen Wahabismus zum Deobandi-Islam der Taliban waren auch hier vor allem geostrategische und ökonomische Interessen ausschlaggebend. Wie Pakistan sieht die saudische Regierung im Iran einen wichtigen Gegenspieler im Kampf um Einflussphasen in den islamisch geprägten Staaten Zentralasiens und um lukrative Beteiligungen an den zahlreichen *pipeline*-Projekten, die dort auf der Agenda stehen. Wegen der Aktivitäten des saudischen Terroristen Usama bin Laden, der sich bereits 1997 im südafghanischen Kandahar niederließ und von dort ein weltweit operierendes Netz militanter Islamisten finanziert und steuert, sah sich die saudische Regierung jedoch zu einer Änderung ihrer pro-Taliban-Politik gezwungen. Im Sommer 1998 – also schon vor den Attentaten auf die US-Botschaften in Ostafrika, die wenig später zur Bombardierung vermeintlicher Ausbildungslager bin Ladens in Afghanistan durch die US-Luftwaffe führten – stellte sie die finanzielle Unterstützung des Regimes in Kabul ein. Für den Fall, dass bin Laden von den Taliban nach Saudi-Arabien ausgewiesen wird, wo er sich wegen Staatsterrorismus verantworten muss, könnte sich diese Haltung zwar wieder ändern. Derzeit sieht es jedoch nicht so aus, als ob die Taliban dieser auch von den USA und den VN nachdrücklich erhobenen Forderung nachkommen wollen.

### **Iran**

An den Rand eines Krieges gerieten Iran und die Taliban im September 1998, als letztere bei der Eroberung der Hazara-Hochburg Mazar-e Sharif nicht nur unter der schiitischen Bevölkerung ein Blutbad anrichteten, sondern auch acht iranische Staatsbürger – sieben Diplomaten und einen Journalisten – töteten. Weitere 50 Iraner gerieten in Geiselhaft. Nur durch VN-Vermittlung konnte die Situation deeskaliert und eine militärische Intervention

von ca. 70.000 an der gemeinsamen Grenze zusammengezogenen iranischen Soldaten verhindert werden. Der tiefe Antagonismus zwischen dem Iran und den Taliban ist jedoch geblieben. Er basiert auf dem Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten, der Iran als die einzige schiitische Republik in der islamischen Welt zur "natürlichen" Schutzmacht der diskriminierten Glaubensbrüder in Afghanistan macht. Abgesehen davon hat Iran seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Entstehung der neuen post-sozialistischen (und islamischen) Staaten in Zentralasien ein neues Selbstverständnis als regionale Macht entwickelt, das man nicht nur gegenüber Pakistan, sondern auch gegenüber Russland, den USA und China zur Geltung bringen will. Wieder geht es dabei an vorderster Stelle um einen direkten Zugang zu den begehrten Bodenschätzen unter dem Kaspischen Meer bzw. konkret um den Bau einer Erdöl-*pipeline* über iranisches Gebiet in Richtung Südasien. Hier sah sich Iran bisher einer harten *containment*-Politik seitens der USA ausgesetzt, denen man viele Jahre vorgeworfen hat, das Taliban-Regime zum Zwecke einer geopolitischen Schwächung Irans zu stützen. Seit der Wahl des gemäßigten Präsidenten Muhammad Khatami im Mai 1997 und einer Wende der Afghanistanpolitik Washingtons 1998 haben sich jedoch Zeichen der Entspannung zwischen den beiden Staaten gezeigt. Sollten die USA und Iran gegenüber den Taliban einmal an einem Strang ziehen, würde dies den Druck auf die Machthaber in Kabul und ihre pakistanische Schutzmacht spürbar erhöhen.

#### **Russland und die zentralasiatischen Staaten**

Aus der Perspektive Russlands stellt die Infiltration islamistischer Untergrundkämpfer von afghanischem Boden in die Nachbarstaaten und in die russischen Gebiete an der zentralasiatischen Peripherie (Tschetschenien, Dagestan) eine große Gefahr für die eigene territoriale Integrität und nationale Sicherheit dar. Nicht nur die fundamentalistische Opposition in Usbekistan und Tadschikistan, sondern auch der tschetschenische Widerstand stehen nachweislich in engen Verbindungen zu den Taliban und finden seit Jahren in Afghanistan Unterschlupf. Moskau unterstützt daher die Nordallianz unter Masoud/Rabbani logistisch und finanziell. Dasselbe gilt für die Regierungen Tadschikistans und Usbekistans, die wegen der von Afghanistan aus operierenden islamistischen Opposition um die Stabilität ihrer Staaten fürchten – auch wenn Tadschikistan nach einer maßgeblich von Russland betriebenen Vereinbarung mit seinen fundamentalistischen Gegnern seit 1997 etwas an Stabilität gewonnen hat. Turkmenistan verfolgt – ganz im Einklang mit seiner auch sonst auf Äquidistanz bedachten Außenpolitik – eher einen neutralen Kurs gegenüber den Taliban. Aber alle zentralasiatischen Länder, also auch Kasachstan und Kirgisistan, fühlen sich durch die von Afghanistan ausgehende islamistische Herausforderung stark bedroht und reagieren mit innenpolitischer Zentralisierung bis hin zu offener Repression – keine guten Voraussetzungen für eine Demokratisierung dieser Länder, die mit Blick auf die in den kommenden Jahren zu erwartenden Spannungen bei der Ausbeutung ihrer Bodenschätze grundlegend für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Region ist.

## USA

Nach dem Rückzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1989 verfolgten die USA jahrelang eine *hands-off*-Politik gegenüber Afghanistan. Den Taliban stand man aus geostrategischen Gründen anfänglich sogar positiv gegenüber, waren diese doch die Feinde Irans und damit automatisch Verbündete Washingtons. Außerdem versprach ein stabiles Afghanistan – auch unter einem fundamentalistischen Regime – bessere Aussichten für den *pipeline*-Bau von Zentralasien in Richtung Europa und Südasien unter Umgehung Russlands und wiederum Irans – ein vorrangiges Ziel der Energiesicherungspolitik Washingtons. Die zunehmende inneramerikanische Diskussion über die diskriminierende Behandlung der Frauen durch die Taliban und über Ausbildungslager für militante Islamisten aus aller Welt, nicht zuletzt auch die Annäherung zu Iran nach der Wahl Khatamis 1997, veranlasste die zweite Clinton-Administration dann jedoch zu einer Änderung der bisherigen Linie. Als Reaktion auf die hartnäckige Weigerung der Taliban, Usama bin Laden auszuliefern, gingen die USA erneut zu einer aktiven Afghanistan-Politik über: Sie waren die treibende Kraft bei der Verabschiedung der beiden VN-Sicherheitsratsresolutionen von 1999 und 2000, in denen Sanktionen gegen die Taliban verhängt wurden. Außerdem leisten sie wahrscheinlich umfangreiche finanzielle Hilfe an die Nordallianz und setzen Pakistan – wenn auch mit bisher nur mäßigem Erfolg – unter Druck, seine Unterstützung für die Machthaber in Kabul aufzugeben. Zweifellos verfügen die USA über die größten materiellen und politischen Möglichkeiten, durch eine kluge Politik gegenüber allen beteiligten Staaten in der Region eine Einheitsfront gegenüber den Taliban aufzubauen und die Reibungsverluste innerhalb der Anti-Taliban-Allianz zu minimieren. Dazu gehört vor allem die Herstellung guter Beziehungen zu Russland und Iran. Doch auch für die USA ist der Machtpoker in Zentralasien, bei dem es vor allem um die Sicherung der zukünftigen Energieversorgung geht und in den der Afghanistan-Konflikt gordisch verknötet ist, letztlich ein Spiel nach den Regeln der Nullsummenpolitik des 19. Jahrhunderts. Aus dieser Perspektive stellen die politische Instabilität der Staaten Zentralasiens, die kaum möglich erscheinende Kontrolle über den transnational operierenden militanten Islamismus und das historisch gewachsene Misstrauen zwischen den staatlichen Akteuren in der Region zu große Hindernisse für eine friedliche Lösung des Afghanistankonflikts dar, als dass der Versuch einer internationalen Koordinierung der dazu notwendigen politischen Schritte als lohnenswerter Versuch erschiene.

## Sanktionen – der einzige Weg?

Mit den am 19. Dezember 2000 gegen Afghanistan verhängten VN-Sanktionen sollen die Taliban dazu gezwungen werden, den Terroristen Usama bin Laden auszuliefern; aufzuhören, „internationalen Terroristen und ihren Organisationen Zuflucht und Ausbildung zu gewähren“; die illegale Opiumproduktion und den Drogenschmuggel einzustellen; und den internationalen Hilfsorganisationen Bewegungsfreiheit zu garantieren. Beschlossen wurde – in Verschärfung der im Oktober 1999 erstmals gegen das Taliban-Regime verhängten Sanktionen – ein umfassendes Waffenembargo, die Schließung der ausländischen Vertretungsbüros der Taliban, Einreisebeschränkungen für ihre politischen Vertreter

in die Mitgliedsstaaten der VN, das Einfrieren aller Auslandskonten der Taliban und ein internationales Flugverbot für die staatliche *Ariana Afghan Airlines*.

Es ist jedoch wie bei jeder Sanktionspolitik auch im Falle Afghanistans zumindest strittig, wieviel diese Maßnahmen zur Beendigung des Bürgerkriegs und des Leidens der Zivilbevölkerung beitragen können. Jüngste Nachrichten deuten darauf hin, dass die Preise für Grundnahrungsmittel durch eine massive Entwertung des Afghanis nach Verhängung der Sanktionen stark gestiegen sind. Völlig unklar ist, wie die marginale Präsenz der internationalen Hilfsorganisationen und der VN im Land durch "sanktionsbewehrte" Forderungen der Staatengemeinschaft an die Taliban aufgestockt werden könnte. So schlossen die Taliban im Februar als Antwort auf die Sanktionspolitik das Büro der *United Nations Special Mission for Afghanistan* (UNSMA) und beendeten damit die Arbeit des VN-Sonderemissärs Francesco Vendrell. Auch die Zerstörung der wertvollen Buddha-Statuen in Bamiyan und weiterer buddhistischer Kulturgüter legt die Annahme nahe, dass Sanktionen hier kontraproduktive Effekte haben und das Taliban-Regime immer weiter in den religiösen Fundamentalismus hineintreiben. Wer nichts mehr hat, hat auch nichts mehr zu verlieren.

Man muss also fragen, ob Sanktionen dazu beitragen können, die Machthaber in Kabul zur Aufgabe ihres religiösen Rigorismus, zu einem politischen Ausgleich mit der Nordallianz und zu einer Schließung der militärischen Ausbildungslager der verschiedenen islamistischen Gruppen auf eigenem Boden zu veranlassen. Eine Unterbindung der Waffenlieferungen nach Afghanistan wäre zweifellos ein wirksames Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Allerdings stimmen die Erfahrungen aus der Vergangenheit mit solchen Embargos (Jugoslawien, Irak) nicht optimistisch. Auch eine international koordinierte Eindämmung des Rauschgifthandels in Afghanistan würde erheblichen Druck auf die Taliban ausüben, denn der Drogenhandel und der Warenschmuggel unter dem Schutz des *Afghan Free Trade Agreement* mit Pakistan sind in den letzten Jahren die Haupteinnahmequellen der Taliban gewesen. Allerdings hat Muhammad Omar den Anbau von Schlafmohn bereits 1999 für unislamisch erklärt und im März 2000 durch eine *fatwa* verboten. Nach Angaben des *UN Drug Control Programme* (UNDCP) vom Februar werden seitdem bereits 86 Prozent der ehemaligen Anbaufläche nicht mehr für die Drogenproduktion genutzt – eine erstaunliche Wende, nachdem Afghanistan noch in den Jahren 1999 und 2000 mit ca. 4.600 bzw. 4.000 Tonnen etwa 75 Prozent der Weltopiumproduktion bestritt. Zwar verfügt man über große Lagerbestände, die bei den nun zu erwartenden steigenden Weltmarktpreisen für Opium und Heroin noch über Jahre hinweg gewinnbringend abgesetzt werden können. Aber möglicherweise kalkuliert das Regime in Kabul im Zuge seiner Bemühungen um internationale Anerkennung schon heute mit einer deutlichen Reduzierung dieses Einnahmepostens und setzt auf zukünftige Gewinne aus dem *pipeline*-Bau.

Letztlich ist die politische Lage in Afghanistan nur dann zu verändern, wenn die maßgeblichen externen Akteure – vor allem Pakistan, Indien, Iran, Russland, die USA und China – eine *gemeinsame* Afghanistanpolitik entwickeln. Die Ziele liegen auf der Hand: Beendigung des Bürgerkriegs, Errichtung einer der ethnischen Fragmentierung des Landes gerecht werdenden, dezentralen politischen Struktur, Initiierung und Begleitung eines innerafghanischen Dialogprozesses und Finanzierung von Entwicklungsprogrammen zur

endgültigen Umstellung der afghanischen Landwirtschaft vom Schlafmohnanbau auf andere agrarische Produkte. Eine solche gemeinsame Politik zu formulieren und umzusetzen hieße aber, starke Interessengegensätze und innergesellschaftliche Konflikte der am Afghanistankonflikt beteiligten Staaten zu überwinden: die pakistanisch-indische Auseinandersetzung um Kaschmir; die Frontstellung zwischen der pakistanischen Regierung und ihrer islamistischen Opposition; die iranisch-pakistanische Konkurrenz in Zentralasien; der Streit um die Bodenschätze unter dem Kaspischen Meer, in dem Russland und die USA eine tonangebende Rolle spielen; und die Konfrontation zwischen den jungen Regimen in Zentralasien und ihren islamistischen Gegnern, deren Stärke auch eine Folge des politischen Autoritarismus und der kompromisslosen Unterdrückung der säkularen Opposition in diesen Staaten ist.

All dies deutet darauf hin, dass der Afghanistankonflikt nur sehr langfristig lösbar ist und dass man deshalb keine übertriebenen Hoffnungen auf die Sanktionspolitik der VN setzen darf. Zwar hat die Zerstörung der Buddha-Statuen die Taliban der einhelligen Kritik aller am Konflikt beteiligten Staaten ausgesetzt und auch Pakistan und Saudi-Arabien auf die VN-Sanktionen eingeschworen; viel mehr passierte jedoch bisher nicht. So bleibt einstweilen nur die Hoffnung, dass die Taliban positiv auf die noch immer relativ begrenzten Sanktionen reagieren und sie als "Angebot" begreifen, um den Lohn einer allmählichen politischen Anerkennung willen von ihren derzeitigen Herrschaftspraktiken Abstand zu nehmen. Geschieht dies aber nicht, so steht die Staatengemeinschaft sehr bald vor einer schwierigen Wahl: Entweder verschärft sie die jetzigen Sanktionen mit allen Gefahren einer "Verbarrikadierung" der anderen Seite; oder sie geht zu einer grundlegenden Revision der bisherigen Strategie über. Diese könnte dann aber nur in einer Teil-Anerkennung der Taliban und der Aufnahme eines weitgehend unkonditionierten politischen Dialogs bestehen. Ob dieser Ansatz mehr Erfolg verspricht oder aber als "blauäugig" gelten muß, ist eine offene Frage. In jedem Fall aber gilt: Ein kompromissloser, erkennbar erfolgloser Isolierungskurs droht das Tempo der Implosion des afghanischen Staates bei gleichzeitiger Radikalisierung der Taliban fortzusetzen, das Leiden der Zivilbevölkerung zu verstetigen und den islamistischen Extremismus in diesem Teil der Welt weiter festzusetzen.

**Gunter Schubert**